

Protokoll 95. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 13. Mai 2020, 17.00 Uhr bis 20.07 Uhr, in der Halle 7
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsidentin Helen Glaser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Elena Marti (Grüne)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Ezgi Akyol (AL), Joe A. Manser (SP), Marcel Müller (FDP), Christina Schiller (AL),
Thomas Schwendener (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Natascha Wey (SP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2020/106](#) Eintritt von Jürg Rauser (Grüne) anstelle der zurückgetretenen Karin Meier-Bohrer (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022
3. [2020/123](#) * Weisung vom 29.04.2020: FV
Finanzdepartement, Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2019 durch den Gemeinderat
4. [2020/124](#) * Weisung vom 29.04.2020: VS
Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2019
5. [2020/146](#) * Weisung vom 06.05.2020: STR
Finanzverwaltung, Nachtragskredite I. Serie 2020
6. [2020/173](#) * Weisung vom 29.04.2020: VS
Sozialdepartement, Verordnung über die Ausbildungsbeiträge der Stadt Zürich (Stipendienverordnung), Totalrevision, Antrag auf Fristerstreckung Motion, GR Nr. 2018/16
7. [2020/137](#) * E Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Karin Meier-Bohrer (Grüne) vom 29.04.2020: VSS
Planung ausreichender Gesprächsräume bei der Projektierung von neuen Schulanlagen

8.	2019/92	* A/P	Motion von Yasmine Bourgeois (FDP), Michael Schmid (FDP) und 13 Mitunterzeichnenden vom 13.03.2019: Schrittweise Umsetzung einer «Smart School»-Strategie für die Schulen der Stadt	VSS
9.	2019/95	* E/A	Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP) und 14 Mitunterzeichnenden vom 13.03.2019: Digitalisierung der obligatorischen und alternativ-obligatorischen Lehrmittel der Zürcher Volksschule im Rahmen einer «Smart School»-Strategie	VSS
10.	2019/316	* E/A	Postulat von Elisabeth Schoch (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP) und 17 Mitunterzeichnenden vom 03.07.2019: Elektronische und mobile Abwicklung sämtlicher Geschäfte mit der Verwaltung	FV
11.	2020/62	*	Einzelinitiative von Felix Stocker vom 07.02.2020: Neugestaltung Logo des Gemeinderats mit einer Löwin und einem Löwen als Wappentier	
12.	2019/553	A	Globalbudgetantrag von Roger Tognella (FDP), Sebastian Vogel (FDP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 13.12.2019: Globalbudget Grün Stadt Zürich, Einführung einer Steuerungsgrösse betreffend Anteil Fremdaufträge für die Flächenbewirtschaftung	VTE
13.	2017/376		Weisung vom 01.04.2020: Dringliche Motion der AL Fraktion betreffend Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, Antrag auf Fristerstreckung	VGU
14.	2017/264		Weisung vom 11.03.2020: Motion von Markus Knauss und Gabriele Kisker betreffend Schaffung eines Kompetenzzentrums Vertikalbegrünung, Antrag auf Fristerstreckung	VTE
15.	2017/315		Weisung vom 01.04.2020: Motion von Marco Denoth betreffend Bau einer attraktiven Velo-Verbindung auf der Langstrasse zwischen der Zoll- und Militär-/Schöneeggstrasse mit getrennter Führung des Fussverkehrs, Antrag auf Fristerstreckung	VTE
16.	2019/458		Weisung vom 30.10.2019: Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung «Areal Guggach III», Zürich-Unterstrass, Kreis 6, Kanton Zürich	VHB
17.	2019/556		Weisung vom 18.12.2019: Kultur, Zürcher Kunstgesellschaft, Investitionsbeitrag «Erweiterung und Erneuerung Sicherheitsanlagen und IT-Sicherheit Bestandesbau», Stiftung Zürcher Kunsthaus, Investitionsbeitrag «Anpassung Sicherheits- und Fluchttüren Bestandesbau»	STP

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|-----|
| 18. | 2019/455 | Weisung vom 30.10.2019:
Kultur, Verein Provitreff, Beiträge 2020–2023 | STP |
| 19. | 2019/114 | Weisung vom 27.03.2019:
Dringliche Motion von Roger Tognella und Marco Denoth betreffend Umsetzung der «Standortstrategie Schutz & Rettung», Bericht und Abschreibung | VSI |
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

2432. 2020/160
Postulat der Grüne-Fraktion vom 06.05.2020:
Zusätzliche Lektionen in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) an den Volksschulen der Stadt

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 27. Mai 2020 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2433. 2020/131
Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 29.04.2020:
Schutz der besonders gefährdeten städtischen Mitarbeitenden bei der Öffnung der städtischen Angebote

Duri Beer (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 27. Mai 2020 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2434. 2020/161
Postulat von Andreas Egli (FDP), Përparim Avdili (FDP) und 17 Mitunterzeichnenden vom 06.05.2020:
Temporäre Erhöhung der zulässigen Parkdauer für Kurzzeit-Parkplätze

Andreas Egli (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 27. Mai 2020 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2435. 2020/162

Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Andreas Egli (FDP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 06.05.2020:

Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die besonders unter der Corona-Krise leiden, mit Mitteln der ZKB-Jubiläumsdividende oder aus der ordentlichen Gewinnausschüttung

Andreas Egli (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 27. Mai 2020 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2436. 2020/177

**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 13.05.2020:
Internationaler Tag der Pflege**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Monika Bättschmann (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Endlich bessere Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal

Der gestrige 12. Mai war der „Internationale Tag der Pflege“. Dieser Tag wird jährlich am Geburtstag von Florence Nightingale, der Pionierin der modernen Gesundheits- und Krankenpflege begangen. Aus Anlass ihres 200. Geburtstags hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) das Jahr 2020 zum weltweiten Jahr der Pflegenden und Hebammen erklärt.

Die Zahlen in der Schweiz und weltweit zeigen: Die Pflege ist weiblich: weit über 70 Prozent der Pflege wird von Frauen erbracht - ob im privaten Umfeld oder im Beruf. Leider muss im Jahre 2020 festgestellt werden, dass auch dieser von Frauen dominierte Beruf in normalen Zeiten von der Gesellschaft wenig Wertschätzung, Respekt und Anerkennung erfährt. Wertschätzung, Respekt und Anerkennung zeigen sich unter anderem an guten Arbeitsbedingungen und der Verantwortung angemessenen Löhne.

Es ist seit langem bekannt und allen Verantwortlichen klar: bis 2030 braucht es 65'000 zusätzliche Pflegenden in der Schweiz. Die Ausbildungszahlen sind viel zu tief, bei den diplomierten Pflegefachpersonen wird nicht einmal die Hälfte des Bedarfs ausgebildet. Fast jede zweite Pflegefachperson verlässt den Beruf frühzeitig, und aktuell sind 11'000 Pflegestellen vakant.

Auch ohne Pandemie liegt es auf der Hand, dass die pflegerische Versorgung der Bevölkerung in der Schweiz gefährdet ist. Die Mitarbeitenden in der Pflege – ob im Akut-, im Langzeitbereich oder in der Spitex – stehen schon in sogenannten normalen Zeiten unter grossem Druck und müssen viel zu oft über die Belastungsgrenze hinaus arbeiten. Flexibilität während der Arbeitszeit selbst, aber auch in Bezug auf dauernd ändernde Dienstpläne u. A. wegen Krankheiten von Kolleginnen und Kollegen, sind selbstverständlich. Dabei erwarten die Patientinnen/Patienten und Bewohnenden zu Recht, dass die Mitarbeitenden der Pflege genügend Zeit aufbringen können. Denn sie sind oft die einzigen, mit denen die Patientinnen und Patienten über ihre Anliegen, Ängste und Nöte sprechen können.

Die Arbeit für die Mitarbeitenden in der Pflege muss subito attraktiver gestaltet werden, damit sie im Beruf und dabei gesund bleiben können. Dazu gehören u. A. eine Ausbildungsoffensive, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Erhöhung der Stellenpläne und eine bessere Entlohnung. Genau zu diesen Themen haben die Grünen in Zusammenarbeit mit der SP letzten Mittwoch drei Motionen eingereicht und werden heute noch eine zum Thema Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den städtischen Pflegebetrieben einreichen.

Wenn Sie sich musikalisch einen Eindruck über den Alltag in der Pflege verschaffen möchten, empfehle ich Ihnen den neuen und aktuellen Song «alles und no meh» von Social Misdancing. (<https://soundcloud.com/user-94758400/social-misdancing-alles-und-no-meh-feat-gimma-any-sabadi>)

Die Situation ist schon seit längerem für das Personal prekär. Wenn wir jetzt nicht beginnen zu handeln, wird uns die Sache in wenigen Jahren über den Kopf hinauswachsen.

In diesem Sinne: Klatschkonzerte, als Dank für die Pflegenden reichen nicht, jetzt sind Taten gefordert.

G e s c h ä f t e

2437. 2020/106

Eintritt von Jürg Rauser (Grüne) anstelle der zurückgetretenen Karin Meier-Bohrer (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 26. Februar 2020 anstelle von Karin Meier-Bohrer (Grüne 6) mit Wirkung ab 7. Mai 2020 für den Rest der Amtsdauer 2018 bis 2022 als gewählt erklärt:

Jürg Rauser (Grüne 6), Architekt ETH und Baubiologe SIB, geboren am 14. Juni 1970, von Zürich/ZH, Weizenstrasse 8, 8037 Zürich

2438. 2020/123

Weisung vom 29.04.2020:

Finanzdepartement, Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2019 durch den Gemeinderat

Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss des Büros vom 11. Mai 2020

2439. 2020/124

Weisung vom 29.04.2020:

Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2019

Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss des Büros vom 11. Mai 2020

2440. 2020/146

Weisung vom 06.05.2020:

Finanzverwaltung, Nachtragskredite I. Serie 2020

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 11. Mai 2020

2441. 2020/173

Weisung vom 29.04.2020:

Sozialdepartement, Verordnung über die Ausbildungsbeiträge der Stadt Zürich (Stipendienverordnung), Totalrevision, Antrag auf Fristerstreckung Motion, GR Nr. 2018/16

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 11. Mai 2020

2442. 2020/137

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Karin Meier-Bohrer (Grüne) vom 29.04.2020:

Planung ausreichender Gesprächsräume bei der Projektierung von neuen Schulanlagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2443. 2019/92

Motion von Yasmine Bourgeois (FDP), Michael Schmid (FDP) und 13 Mitunterzeichnenden vom 13.03.2019:

Schrittweise Umsetzung einer «Smart School»-Strategie für die Schulen der Stadt

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Yasmine Bourgeois (FDP), vom 6. Mai 2020 (vergleiche Beschluss-Nr. 2390/2020)

Die Dringlicherklärung wird von 37 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2444. 2019/95

Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP) und 14 Mitunterzeichnenden vom 13.03.2019:

Digitalisierung der obligatorischen und alternativ-obligatorischen Lehrmittel der Zürcher Volksschule im Rahmen einer «Smart School»-Strategie

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Yasmine Bourgeois (FDP), vom 6. Mai 2020 (vergleiche Beschluss-Nr. 2391/2020)

Die Dringlicherklärung wird von 36 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2445. 2019/316

Postulat von Elisabeth Schoch (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP) und 17 Mitunterzeichnenden vom 03.07.2019:

Elektronische und mobile Abwicklung sämtlicher Geschäfte mit der Verwaltung

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Elisabeth Schoch (FDP), vom 6. Mai 2020 (vergleiche Beschluss-Nr. 2392/2020)

Die Dringlicherklärung wird von 59 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von

63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2446. 2020/62

**Einzelinitiative von Felix Stocker vom 07.02.2020:
Neugestaltung Logo des Gemeinderats mit einer Löwin und einem Löwen als
Wappentier**

Dem Büro des Gemeinderats ist am 7. Februar 2020 vom Stimmberechtigten Felix Stocker eine Einzelinitiative eingereicht worden (vergleiche Beschluss-Nr. 2230/2020).

Die Einzelinitiative bedarf zur weiteren Behandlung der vorläufigen Unterstützung von mindestens 42 Mitgliedern des Gemeinderats (§ 139 Abs. 2 Gesetz über die politischen Rechte [GPR] in Verbindung mit Art. 15 Abs. 4 Gemeindeordnung).

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative stimmen 3 Ratsmitglieder, womit das Quorum nicht erreicht ist.

Das Geschäft ist erledigt (§ 139 Abs. 3 GPR).

Mitteilung an den Stadtrat und an Felix Stocker, Chorgasse 22, 8001 Zürich

2447. 2019/553

**Globalbudgetantrag von Roger Tognella (FDP), Sebastian Vogel (FDP) und
4 Mitunterzeichnenden vom 13.12.2019:
Globalbudget Grün Stadt Zürich, Einführung einer Steuerungsgrösse betreffend
Anteil Fremdaufträge für die Flächenbewirtschaftung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Globalbudgetantrags zur Prüfung ab.

Roger Tognella (FDP) begründet den Globalbudgetantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 2035/2019).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Der Globalbudgetantrag wird mit offensichtlichem Mehr abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2448. 2017/376

**Weisung vom 01.04.2020:
Dringliche Motion der AL Fraktion betreffend Pilotprojekt zur medizinischen Ver-
sorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, Antrag
auf Fristerstreckung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur

Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2017/376.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Walter Anken (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) stellt namens der AL-Fraktion folgenden Änderungsantrag zum Antrag des Stadtrats:

Die Frist zur Erfüllung der am 27. Juni 2018 überwiesenen Motion, GR Nr. 2017/376, der AL Fraktion vom 1. November 2017 betreffend Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, wird um zwölf sechs Monate bis zum 27. ~~Juni 2021~~ Dezember 2020 verlängert.

Der Rat stimmt dem Antrag von Dr. David Garcia Nuñez (AL) mit 65 Stimmen zu.

Abstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag des Stadtrats mit 96 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 27. Juni 2018 überwiesenen Motion, GR Nr. 2017/376, der AL Fraktion vom 1. November 2017 betreffend Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, wird um sechs Monate bis zum 27. Dezember 2020 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

2449. 2017/264

Weisung vom 11.03.2020:

Motion von Markus Knauss und Gabriele Kisker betreffend Schaffung eines Kompetenzzentrums Vertikalbegrünung, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2017/264.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Andri Silberschmidt (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 79 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 13. Juni 2018 überwiesenen Motion, GR Nr. 2017/264, von Gemeinderätin Gabriele Kisker und Gemeinderat Markus Knauss (beide Grüne) vom 23. August 2017 betreffend Schaffung eines Kompetenzzentrums Vertikalbegrünung wird um zwölf Monate bis zum 13. Juni 2021 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

2450. 2017/315

Weisung vom 01.04.2020:

Motion von Marco Denoth betreffend Bau einer attraktiven Veloverbindung auf der Langstrasse zwischen der Zoll- und Militär-/Schöneeggstrasse mit getrennter Führung des Fussverkehrs, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2017/315.

Marco Denoth (SP) beantragt namens der SP-Fraktion die Ablehnung der sofortigen materiellen Behandlung und Überweisung an die SK SID/V.

Der Rat lehnt die sofortige materielle Behandlung mit offensichtlichem Mehr ab.

Damit ist die Weisung der SK SID/V überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2451. 2019/458

Weisung vom 30.10.2019:

Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung «Areal Guggach III», Zürich-Unterstrass, Kreis 6, Kanton Zürich

Antrag des Stadtrats

1. Der Zonenplan Mst. 1:5000 wird gemäss Beilage, datiert vom 24. September 2019, geändert.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an den Festsetzungen in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich diese als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.
3. Der Stadtrat setzt die Änderungen gemäss Ziffer 1 nach Genehmigung durch die zuständige Direktion in Kraft.

Unter Ausschluss des Referendums

4. Vom Erläuterungsbericht nach Art. 47 RPV gemäss Beilage, datiert vom 24. September 2019, wird Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Dr. Mathias Egloff (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit:	Dr. Mathias Egloff (SP), Referent; Präsident Patrick Hadi Huber (SP), Vizepräsidentin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Nicole Giger (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Thomas Kleger (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christian Monn (GLP), Andri Silberschmidt (FDP)
Minderheit:	Thomas Schwendener (SVP), Referent; Emanuel Eugster (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit:	Dr. Mathias Egloff (SP), Referent; Präsident Patrick Hadi Huber (SP), Vizepräsidentin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Nicole Giger (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Thomas Kleger (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christian Monn (GLP), Andri Silberschmidt (FDP)
Minderheit:	Thomas Schwendener (SVP), Referent; Emanuel Eugster (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Zonenplan Mst. 1:5000 wird gemäss Beilage, datiert vom 24. September 2019, geändert.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an den Festsetzungen in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich diese als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.
3. Der Stadtrat setzt die Änderungen gemäss Ziffer 1 nach Genehmigung durch die zuständige Direktion in Kraft.

Unter Ausschluss des Referendums

4. Vom Erläuterungsbericht nach Art. 47 RPV gemäss Beilage, datiert vom 24. September 2019, wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 20. Mai 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. Juli 2020)

2452. 2019/556

Weisung vom 18.12.2019:

Kultur, Zürcher Kunstgesellschaft, Investitionsbeitrag «Erweiterung und Erneuerung Sicherheitsanlagen und IT-Sicherheit Bestandesbau», Stiftung Zürcher Kunsthaus, Investitionsbeitrag «Anpassung Sicherheits- und Fluchttüren Bestandesbau»

Antrag des Stadtrats:

Für die Realisierung dringlich notwendiger Sicherheitsvorkehrungen im Bestandsbau des Zürcher Kunsthauses werden Investitionsausgaben in Höhe von Fr. 4 128 000.–, nämlich Fr. 2 932 000.– als Investitionsbeitrag an die Zürcher Kunstgesellschaft für das Teilprojekt «Erweiterung und Erneuerung Sicherheitsanlagen und IT-Sicherheit Bestandesbau» und Fr. 1 196 000.– als Investitionsbeitrag an die Stiftung Zürcher Kunsthaus für das Teilprojekt «Anpassung Sicherheits- und Fluchttüren Bestandesbau» bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Mark Richli (SP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Yasmine Bourgeois (FDP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Urs Riklin (Grüne)

Enthaltung: Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Realisierung dringlich notwendiger Sicherheitsvorkehrungen im Bestandsbau des Zürcher Kunsthauses werden Investitionsausgaben in Höhe von Fr. 4 128 000.–, nämlich Fr. 2 932 000.– als Investitionsbeitrag an die Zürcher Kunstgesellschaft für das Teilprojekt «Erweiterung und Erneuerung Sicherheitsanlagen und IT-Sicherheit Bestandesbau» und Fr. 1 196 000.– als Investitionsbeitrag an die Stiftung Zürcher Kunsthaus für das Teilprojekt «Anpassung Sicherheits- und Fluchttüren Bestandesbau» bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 20. Mai 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. Juli 2020)

2453. 2019/455**Weisung vom 30.10.2019:
Kultur, Verein Provitreff, Beiträge 2020–2023**

Antrag des Stadtrats:

1. Dem Verein Provitreff wird für die Jahre 2020–2023 eine jährlich wiederkehrende Ausgabe für den Verzicht auf Mieteinnahmen in Höhe von Fr. 62 709.– bewilligt.
2. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um 1 Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um 2 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um 3 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um 4 Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um 1 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um 3 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um 4 Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Maya Kägi Götz (SP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Dem Verein Provitreff wird für die Jahre 2020–2023 eine jährlich wiederkehrende Ausgabe für den Verzicht auf Mieteinnahmen in Höhe von Fr. ~~62 709.–~~ 55 000.– bewilligt.

Mehrheit: Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Yasmine Bourgeois (FDP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)

Minderheit: Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Referent

Abwesend: Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichem Mehr zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Patrik Maillard (AL), Referent; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Urs Riklin (Grüne)
Abwesend:	Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichem Mehr zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Yasmine Bourgeois (FDP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Referent
Abwesend:	Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein Provitreff wird für die Jahre 2020–2023 eine jährlich wiederkehrende Ausgabe für den Verzicht auf Mieteinnahmen in Höhe von Fr. 62 709.– bewilligt.
2. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um 1 Prozent. Weist die Stadt danach in der Rechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um 2 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um 3 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung danach weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention im Folgejahr um 4 Prozent.

Tritt in der Rechnung der Stadt direkt ein Bilanzfehlbetrag auf, sinkt die Subvention im Folgejahr um 1 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr nach einem direkten Bilanzfehlbetrag erneut einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um 3 Prozent. Weist die Stadt in der Rechnung im Folgejahr weiterhin einen Bilanzfehlbetrag aus, sinkt die Subvention um 4 Prozent.

Sobald die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von über 100 Millionen Franken ausweist, erreicht die Subvention wieder den ursprünglich bewilligten Betrag.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 20. Mai 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. Juli 2020)

2454. 2019/114**Weisung vom 27.03.2019:****Dringliche Motion von Roger Tognella und Marco Denoth betreffend Umsetzung der «Standortstrategie Schutz & Rettung», Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht im Sinne der vorstehenden Erwägungen betreffend Umsetzung Standortstrategie Schutz & Rettung wird Kenntnis genommen. Grundlage bietet der Schlussbericht zur Raumbedarfsstrategie Schutz & Rettung Zürich (RBS SRZ) 2017–2030 vom 22. Februar 2018/12. April 2018 (Beilage).
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2015/405, von Roger Tognella (FDP) und Marco Denoth (SP) vom 16. Dezember 2015 betreffend Umsetzung Standortstrategie Schutz & Rettung wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Andreas Egli (FDP)

Andreas Egli (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht im Sinne der vorstehenden Erwägungen betreffend Umsetzung Standortstrategie Schutz & Rettung wird ablehnend Kenntnis genommen. Grundlage bietet der Schlussbericht zur Raumbedarfsstrategie Schutz & Rettung Zürich (RBS SRZ) 2017–2030 vom 22. Februar 2018/12. April 2018 (Beilage).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Änderungsantrag von Andreas Egli (FDP) zu Dispositivziffer 1

Der Rat lehnt den Antrag von Andreas Egli (FDP) mit offensichtlichem Mehr ab.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Andreas Egli (FDP), Referent; Präsident Stephan Iten (SVP), Vizepräsident Pascal Lamprecht (SP), Simone Brander (SP), Sarah Breitenstein (SP), Heidi Egger (SP), Markus Knauss (Grüne), Res Marti (Grüne), Derek Richter (SVP), Olivia Romanelli (AL), Sven Sobernheim (GLP), Dominique Zygmunt (FDP)

Abwesend: Hans Jörg Käppeli (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 90 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Andreas Egli (FDP), Referent; Präsident Stephan Iten (SVP), Vizepräsident Pascal Lamprecht (SP), Simone Brander (SP), Sarah Breitenstein (SP), Heidi Egger (SP), Markus Knauss (Grüne), Res Marti (Grüne), Derek Richter (SVP), Olivia Romanelli (AL), Sven Sobernheim (GLP), Dominique Zygmunt (FDP)

Abwesend: Hans Jörg Käppeli (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht im Sinne der vorstehenden Erwägungen betreffend Umsetzung Standortstrategie Schutz & Rettung wird Kenntnis genommen. Grundlage bietet der Schlussbericht zur Raumbedarfsstrategie Schutz & Rettung Zürich (RBS SRZ) 2017–2030 vom 22. Februar 2018/12. April 2018 (Beilage).
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2015/405, von Roger Tognella (FDP) und Marco Denoth (SP) vom 16. Dezember 2015 betreffend Umsetzung Standortstrategie Schutz & Rettung wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 20. Mai 2020

Eingänge

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2455. 2020/178

Motion der SP- und Grüne-Fraktion vom 13.05.2020:

Verbesserung der Situation für die Pflege- und Betreuungsberufe der Gesundheitsinstitutionen der Stadt

Von der SP- und Grüne-Fraktion ist am 13. Mai 2020 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Weisung vorzulegen, mit der die Situation für die Pflege- und Betreuungsberufe der Gesundheitsinstitutionen der Stadt Zürich verbessert wird.

Verbesserungen / Massnahmen

- Einfordern von Massnahmen bei der kantonalen Gesundheitsdirektion sowie auf Bundesebene gegen die Finanzierungslücken im Gesundheitswesen mit Verweis auf die hohe Relevanz der städtischen Institutionen im Gesundheitsbereich für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung
- Erhöhung des Mindeststandards der Personalressourcen hinsichtlich Stellen und Ausbildungsstand (Skill-Grad-Mix), damit die personellen Besetzung generell und im Bezug auf entsprechendes Fachpersonal jederzeit gewährleistet bleibt
- Ergreifen von Massnahmen, um kurz- und mittelfristige Unterbesetzungen in den einzelnen Teams zu vermeiden
- Überprüfung und Anpassung der Funktionseinstufungen von Pflege- und Betreuungsberufen sowie weiterem nicht-ärztlichem Gesundheitspersonal entsprechend ihrer Verantwortung
- Konsequente Umsetzung des Gesundheitsschutzes durch Einhaltung der Pausen- und Ruhezeiten unter Berücksichtigung des Monitorings der Überstunden und Krankheitsabsenzen sowie Einleiten von notwendigen Massnahmen

- Umsetzung von Massnahmen für ältere Arbeitnehmende, insbesondere durch die Schaffung entsprechender Stellenprofile, unter anderem durch Anpassungen in der Schichtarbeitszeit und Reduktion der körperlich anstrengenden Arbeiten
- Umsetzung von Massnahmen zur Begleitung und Förderung von Berufseinsteiger/-innen, unter anderem durch attraktive Weiterbildungen und Mentoring-Programme
- Konsequente Umsetzung von Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben in allen Dienstabteilungen
- Einleiten von weiteren Massnahmen und Anreizsystemen, die dazu beitragen, dass qualifizierte Mitarbeitende im Beruf verbleiben

Begründung:

Die Mitarbeitenden in Pflege- und Betreuungsberufen arbeiten in ihren Berufsalltag oft unter schwierigen Bedingungen und grossem Druck. Dies ist einerseits für die Gesundheit der Gepflegten, aber auch der Pflegenden nachteilig. Trotz hohem Ansehen und grosser Verantwortung ist die Arbeit im Pflege- und Betreuungsbereich verhältnismässig tief entlohnt, die Arbeitszeiten im Schichtbetrieb sind anstrengend und oft fehlt es an genügend qualifiziertem Personal. Viele gut ausgebildete Fachkräfte scheiden daher rasch aus diesem Berufsfeld aus. Zudem scheiden ältere und erfahrene Mitarbeitende früher aus dem Arbeitsprozess aus, was die Situation zusätzlich verschärft. Der Erhalt von qualifiziertem Personal ist ein absolutes Muss, denn es ist auch volkswirtschaftlich ein Unsinn, wenn Fachkräfte sich aus dem erlernten Berufsfeld zurückziehen.

Die ausserordentliche Lage durch das Corona-Virus zeigt diese Grundproblematik umso deutlicher auf. Gleichzeitig zeigt die Corona-Krise aber auch wie hochgradig systemrelevant diese Berufsgruppen und die städtischen Gesundheitsinstitutionen als Ganzes sind.

Um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung langfristig sicherzustellen, ist jetzt entschiedenes Handeln auf allen politischen Ebenen zwingend und dringlich! Die Stadt soll sich auf kantonaler und nationaler Ebene als grosser Player im Gesundheitswesen dafür einsetzen, dass endlich Lösungen gefunden werden für die zahlreichen Aufgaben, die in den bestehenden Finanzierungssystemen nicht abgegolten werden (z.B. gemeinwirtschaftliche Leistungen wie Pandemie-Vorsorge, Spitalbehandlung von Fällen, die im DRG-System inadäquat abgebildet sind, Betreuungsaufwand von Menschen mit Demenz in der Langzeitpflege und vieles mehr).

Auf der Ebene des städtischen Handlungsspielraums sollen die Personalressourcen erhöht werden, damit der Personalbestand auch unter erschwerten Bedingungen wie Personalausfällen oder erhöhtem Arbeitsanfall in allen Dienstabteilungen sichergestellt ist und das geltende Personalrecht eingehalten werden kann. Zusätzlich müssen die Anstrengungen verstärkt werden, um die Attraktivität der Pflege- und Betreuungsberufe zu erhöhen, auf der Ebene der Löhne, durch bedarfsgerechte Stellenprofile, Pensen und durch weitere Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben.

Nur so können wir die Versorgungssicherheit unserer Bevölkerung im Sinne eines starken Service public langfristig gewährleisten.

Mitteilung an den Stadtrat

2456. 2020/179

Postulat von Dominique Zygmont (FDP) und Pascal Lamprecht (SP) vom 13.05.2020:

Erlass der Kosten für die Gebühren und städtischen Dienstleistungen für Veranstaltungen, die aufgrund der Corona-Situation abgesagt oder verschoben wurden

Von Dominique Zygmont (FDP) und Pascal Lamprecht (SP) ist am 13. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Veranstaltungen die Kosten für Gebühren und städtische Dienstleistungen bis Sommer 2021 erlassen werden können, wenn sie aufgrund des Ausbruchs des Corona-Virus abgesagt beziehungsweise verschoben wurden. Damit soll ein Anreiz geschaffen werden, um Veranstaltungen kultureller, gewerblicher sowie sportlicher Art in der Stadt Zürich nachzuholen. Davon profitieren das Kulturleben, die Sportstadt, das Gewerbe und die Veranstaltungslandschaft. Die Kosten aufgrund der letztjährigen Erfahrungswerte sind bereits im Budget 2021 einzustellen.

Begründung:

Der Ausbruch des Corona-Virus in der Schweiz hat zu Absagen oder Verschiebungen von Veranstaltungen geführt. Einerseits wurde damit das Verbot des Bundes umgesetzt, andererseits erfolgten Absagen zu Beginn der Krise präventiv.

Die Stadt Zürich als Standort für Kultur, Wirtschaft und Sport hat ein Interesse daran, dass Veranstaltungen im ähnlichen Umfang und zu einem geeigneten Zeitpunkt nachgeholt werden können. Damit würde ein Teil des kulturellen, sportlichen und wirtschaftlichen Schadens gemindert sowie zum Fortbestand der Veranstaltungslandschaft beigetragen.

Der Erlass der Kosten von Gebühren und bezogenen städtischen Dienstleistungen ist dahingehend ein Mittel, um angesichts der Lage eine verhältnismässige Unterstützung zu leisten, welche die besondere Anstrengung der Veranstaltenden, der Künstlerinnen und Künstler, der Gewerbetreibenden sowie der Sportvereine und ihrer Mitglieder für die Nachholung würdigt.

Mitteilung an den Stadtrat

2457. 2020/180

Postulat von Zilla Roose (SP) und Urs Helfenstein (SP) vom 13.05.2020: Konzept für die Gestaltung und Nutzung der Flächen unterhalb grosser Brücken

Von Zilla Roose (SP) und Urs Helfenstein (SP) ist am 13. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie für die Stadt Zürich ein Konzept für die Flächen unterhalb grosser Brücken erstellt werden kann.

Begründung:

In Zürich gibt es einige grosse Brücken, welche eine zentrale Funktion in der Verbindung von Quartieren und der Erschliessung der Stadt erfüllen. Hardbrücke, Hardturm Viadukt, Europabrücke, Kornhausbrücke und Wipkinger Viadukt sind nur einige Beispiele.

In der Natur von Brücken liegt es, dass darunter Flächen entstehen. In einzelnen Fällen von Zürcher Brücken wurden diese attraktiv gestaltet, beispielsweise – nach jahrzehntelanger Zeit – beim Wipkinger Viadukt. In der Mehrheit der Fälle herrscht unter den Brücken jedoch karge Einöde, was übrigens auch für die Fläche unter vielen Überführungen und Auf- bzw. Abfahrten gilt. Brücken haben naturgemäss einen verbindenden Charakter, doch der Raum darunter hat paradoxerweise oft etwas Trennendes und Abstossendes. Das ist bedauerlich, da diese Flächen mit wenig Aufwand weitaus attraktiver gestaltet werden könnten und entweder für den Fuss- oder Veloverkehr genutzt, oder als Freiräume zur Verfügung gestellt werden könnten.

Wir vermissen eine Strategie der Stadt, die Freiräume unter Brücken aktiv zu nutzen und attraktiv zu gestalten und bitten den Stadtrat, dies an die Hand zu nehmen. Insbesondere möchten wir beliebt machen, die Flächen möglichst unversiegelt auszugestalten und auch mit Dritten das Gespräch zu suchen, sofern das Land nicht der Stadt selber gehört.

Mitteilung an den Stadtrat

2458. 2020/181

Postulat von Roger Tognella (FDP), Tobias Baggenstos (SVP) und 36 Mitunterzeichnenden vom 13.05.2020: Erhalt der Parkierung auf dem bisherigen Kiesparkplatz der Baugenossenschaft Sunnige Hof

Von Roger Tognella (FDP), Tobias Baggenstos (SVP) und 36 Mitunterzeichnenden ist am 13. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Gebiet Hohmoos in Schwamendingen die Parkierung für 57 Parkplätze auf dem bisherigen Kiesparkplatz der Baugenossenschaft Sunnige Hof erhalten werden kann.

Begründung:

Mit Vertrag vom 1. Juni 1983 hat Liegenschaften Stadt Zürich der Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof ca. 1'400 m² Land in der «Hoffnung» in Dübendorf, Teil des Grundstücks Kat.-Nr. 17331 (alt 15493 bzw. 8071), zur Erstellung von Parkplätzen für die Genossenschafter vermietet. Die Stadt Zürich hat gegenüber der Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof offenbar eine Kündigung per Dezember 2020 dieser Fläche ausgesprochen. Die Parkplatzsituation in der Helen-Keller-Strasse, der Altwiesenstrasse (zwischen Hirzenbach- und Dübendorfstrasse), der Dübendorfstrasse (zwischen Engelbertstrasse und Bhf Stettbach) sowie dem Hohmoos spitzt sich insbesondere für Anwohner seit Jahren zu. Mit der zunehmenden Bauaktivität im Quartier wird diese Situation noch verschärft. Durch die verdichtete Bauweise sind in den letzten Jahren nicht nur Parkplätze in der blauen Zone für Anwohner verschwunden, es ist insbesondere in diesem Gebiet mehr Wohnraum entstanden. So reichen die zur Verfügung stehenden Parkzonen auf öffentlichem Grund für Anwohner bereits heute bei weitem nicht mehr aus. Im Quartier entsteht so vor allem in den Abendstunden und an den Wochenenden ein enormer Suchverkehr und damit eine ungewollte Belastung des Quartiers durch Emissionen. Diese Belastung wird zudem noch verstärkt, wenn in der nahegelegenen Samsung Hall ein Event oder ein Konzert stattfindet. Mit der Auflösung des bestehenden Kiesparkplatzes würden weitere 57 Fahrzeuge täglich auf öffentlichem Grund nach Parkmöglichkeiten suchen müssen. Mit der Weiterführung des Mietvertrages ist dies zu vermeidbar.

Mitteilung an den Stadtrat

2459. 2020/182

**Postulat von Michael Schmid (FDP), Andreas Kirstein (AL) und 46 Mitunterzeichnende vom 13.05.2020:
Verzicht auf das Gemeinderatsfest in dieser Legislaturperiode**

Von Michael Schmid (FDP), Andreas Kirstein (AL) und 46 Mitunterzeichnende ist am 13. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf das von ihm ursprünglich für den 26. Juni 2020 geplante sogenannte „Gemeinderatsfest“ angesichts der gegenwärtigen Lage zumindest in dieser Legislaturperiode gänzlich verzichtet werden kann.

Begründung:

Das für 2020 vom Stadtrat geplante sogenannte Gemeinderatsfest, für das der Stadtrat die Mitglieder des Gemeinderats, zusammen mit ihren Partnerinnen und Partnern, am Freitag-Abend, 26. Juni 2020 eingeladen hat, ist von Anfang an auf Kritik und Ablehnung gestossen, die sich nicht auf ein einzelnes politisches Lager beschränkt hat.

Inzwischen liess der Stadtrat zwar mitteilen, dass das Fest verschoben werde, jedoch zu gegebener Zeit ein neuer Termin bekannt gegeben werden soll.

Angesichts des dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Einschnitts, den die Corona-Pandemie mit sich bringt, erscheint indessen das Festhalten an diesem Anlass auf absehbare Zeit als nicht angezeigt.

Mitteilung an den Stadtrat

2460. 2020/183

**Postulat von Elisabeth Schoch (FDP), Sebastian Vogel (FDP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 13.05.2020:
Konsolidierung aller Umweltschutzaktivitäten und Priorisierung der Massnahmen, die messbare CO₂-Reduktionen erzielen**

Von Elisabeth Schoch (FDP), Sebastian Vogel (FDP) und 9 Mitunterzeichnenden ist am 13. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie alle Umweltschutzaktivitäten konsolidiert werden können, und jene Massnahmen prioritär behandelt werden, welche messbare CO₂-Reduktionen erzielen.

Begründung:

Im Rahmen der Klimadebatte wurden viele Projekte angestossen, welche Informationsbeschaffung, Analysen und Information der Bevölkerung (Volksbelehrung) beinhalten. Im Zeichen von Corona erscheinen einige Vorstösse gut gemeint, aber nicht wirklich zielführend. Der Stadtrat kann bei der Priorisierung der Projekte und Vorstösse darauf hinwirken, dass mit knappen Mitteln nach wie vor dieselben Resultate erzielt werden können.

Im Rahmen der auf uns zukommenden Rezession und der weniger sprudelnden Steuergelder tut der Stadtrat gut daran, das Nötige zu tun und den Zürcher Finish wegzulassen. Wir erwarten zudem, dass die Schaffung von 10 Stellen im Umweltdepartement nochmals überdacht werden, zum Beispiel in dem man Projekte staffelt oder wenn nicht zielführend ganz weglässt.

Weiter gibt es nach wie vor Überschneidungen zum Beispiel in der Beratung von Unternehmen und Hauseigentümer im Bereich der Umweltberatung. Vor dem Hintergrund der knappen Steuergelder wäre auch zu prüfen, ob solche Doppelspurigkeiten eliminiert werden können und die Dienstleistungsqualität gegenüber den Bürger sogar verbessert wird (Alles aus einer Hand).

Mitteilung an den Stadtrat

2461. 2020/184

**Postulat von Alexander Brunner (FDP), Elisabeth Schoch (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 13.05.2020:
Senkung der Mietgebühren von städtischen Räumen für Startups bis Ende Jahr**

Von Alexander Brunner (FDP), Elisabeth Schoch (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden ist am 13. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Mietgebühren für von der Stadt vermietete Räume für Startups bis Ende Jahr zu senken oder wo möglich ganz auszusetzen.

Begründung:

Die Stadt Zürich besitzt über eine äusserst aktive und innovative Startup-Community. Diese arbeitet und trifft sich in diversen Lokalitäten wie das Colab am Sihlquai, im Viadukt oder im Kraftwerk. Diese Lokalitäten sind seit dem Beginn der Corona-Pandemie geschlossen und den privaten Betreibern entgehen dadurch wichtige Einnahmen aus Bewirtung und Vermietung. Dies stellt eine grosse Belastung für die Startup-Community dar. Mit der Entlastung bei der Miete für Lokalitäten kann die Stadt Zürich eine wichtige Unterstützung bieten.

Mitteilung an den Stadtrat

2462. 2020/185

**Postulat von Alexander Brunner (FDP), Martin Bürki (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 13.05.2020:
Vereinfachung und Beschleunigung der Bewilligungsvorschriften für die Veranstaltung von Quartierfesten ab Ende August für das Jahr 2020 im öffentlichen Raum**

Von Alexander Brunner (FDP), Martin Bürki (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden ist am 13. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Bewilligungsvorschriften für die Veranstaltung von Quartierfesten ab Ende August im öffentlichen Raum für das Jahr 2020 zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Begründung:

Viele Stadtzürcher Quartiere veranstalten traditionellerweise jährlich Quartierfeste (Bsp. Seefeldfest, Idaplatzfest, Röntgenplatzfest). Aufgrund der Corona-Epidemie mussten viele dieser Feste verschoben oder ausgesetzt werden. Gleichzeitig hat die Bevölkerung ein grosses Bedürfnis sich im Quartier zu treffen und auszutauschen.

Die Einhaltung der BAG-Vorschriften stellt für Quartierfeste eine grosse Herausforderung dar, da unter anderem viel mehr Platz benötigt wird um die Distanzvorschriften einzuhalten. In der Vergangenheit fanden in einzelnen Quartieren wie dem Seefeld schon Strassenfeste statt und Strassen wurden dafür situativ gesperrt. Das wäre eine einfache Möglichkeit aufgrund einer grösseren Ausdehnung die Distanzregeln einzuhalten.

Mitteilung an den Stadtrat

2463. 2020/186

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Stefan Urech (SVP) vom 13.05.2020: Evaluation betreffend Erreichen der Bildungsziele in der öffentlichen Sekundarschule

Von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Stefan Urech (SVP) ist am 13. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Erreichen der Bildungsziele in der öffentlichen Sekundarschule in der Stadt Zürich überprüft werden kann. Bei einer solchen Evaluation sollen Bezüge zu soziodemographischen Merkmalen wie Geschlecht, soziale Herkunft, Migrationshintergrund sowie zur schulischen Organisation (z.B. gemischte Sek A/B-Klassen) hergestellt werden.

Begründung:

In der Schweiz tragen die Kantone die Gesamtverantwortung für die obligatorische Schulbildung. Im Kanton Zürich wurden die Grundkompetenzen der Schülerinnen und Schüler – im Rahmen einer gesamtschweizerischen Erhebung der EDK – gemessen: im Jahr 2016 in Mathematik und im Jahr 2017 in den Sprachen. Im Bereich Mathematik wurde festgestellt, dass die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler im Kanton Zürich am Ende der obligatorischen Schulzeit ungefähr dem schweizerischen Durchschnitt entsprechen. Dabei wurde ermittelt, dass im Kanton Zürich die soziale Herkunft der Schülerinnen und Schüler einen besonders grossen Einfluss hat. Leider dürfen diese Erhebungen nicht auf Ebene Gemeinde ausgewertet werden. Ebenso können die Ergebnisse des Stellwerttests nicht fürs Bildungsmonitoring verwendet werden, da dieser Test der individuellen Standortbestimmung dient. Somit fehlen in der Stadt Zürich die notwendigen Daten, um festzustellen, wie gut das Schulsystem funktioniert und welchen Einfluss beispielsweise die soziale Herkunft und die schulische Organisation auf die fachlichen und überfachlichen Kompetenzen der Jugendlichen haben.

Wir fordern den Stadtrat auf, eine breit angelegte Evaluation in der Sekundarschule der Stadt Zürich in Auftrag zu geben. Sie soll aufzeigen, wie gut die Bildungsziele, die im Zürcher Lehrplan und im Volksschulgesetz festgehalten sind, erreicht werden. Bei einer solchen Evaluation sollen Bezüge zu soziodemographischen Aspekten sowie zur schulischen Organisation hergestellt werden.

Diese Evaluation soll insbesondere folgende Frage klären: In der Stadt Zürich gibt es ca. 30 öffentliche Schulen, an denen Klassen der Oberstufe unterrichtet werden. In den einen Schulkreisen werden die Schülerinnen und Schüler der Sek A und der Sek B in separaten Klassen, in den anderen werden sie integriert in der gleichen Klasse unterrichtet. Mit welcher dieser beiden Organisationsformen werden die Bildungsziele besser erreicht?

Mitteilung an den Stadtrat

2464. 2020/187

Postulat von Maria del Carmen Señorán (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 13.05.2020: Bericht betreffend Einholung bestimmter Dokumente vor jedem Immobilienkauf

Von Maria del Carmen Señorán (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 13. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, welcher darlegen soll wie vor jedem Immobilienkauf folgende Dokumente eingeholt werden:

- Aktuelle Marktwertschätzung inkl. Potentialanalyse
- Wenn angezeigt, Altlastengutachten mit integrierten Kostenfolgen

- Zustandsanalyse inkl. zuverlässigen Instandsetzungskosten
- Investitionsplan, welcher aufzeigt, wann welche Instandsetzungen geplant sind

Sollten die Instandsetzungskosten nicht einfach ermittelt werden können, muss eine Machbarkeitsstudie eingeholt werden.

Begründung:

Die Stadt Zürich gehört mit ihrem Portfolio zu den grossen Immobilienorganisationen. Vor jedem Abschluss einer Immobilientransaktion gehört eine professionelle Due Diligence, unter anderem über den aktuellen Marktpreis sowie mögliche Instandsetzungskosten, wie es auch in der Privatwirtschaft üblich ist. In der Vergangenheit ist es mehrfach vorgekommen, dass die Stadt Zürich zu hohe Kaufpreise bezahlt hat und dass Altlasten sowie Instandsetzungskosten nicht betriebswirtschaftlich abgeklärt wurden. Dies führte mehrmals zu notwendigen Krediterhöhungen.

Um künftig dieses Risiko zu verhindern, soll vor dem Abschluss einer Immobilientransaktion eine sorgfältige Risikoanalyse gemacht werden.

Sollte es erneut zu unsorgfältigen Abklärungen kommen, soll der dafür verantwortliche Bereich evaluiert und deklariert werden. Mit den Steuergeldern gilt es im höchsten Masse gewissenhaft umzugehen.

Mitteilung an den Stadtrat

2465. 2020/188

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 13.05.2020: Einsatz von möglichst vielen Geldern für die Entwicklungshilfe im Ausland für das lokale Gewerbe

Von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 13. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie kurz- bis mittelfristig möglichst viele Entwicklungshilfsgelder, die üblicherweise ins Ausland fliessen, für das Stadtzürcher Gewerbe eingesetzt werden können. Diese Gelder sollen Kleinst- und Kleinbetrieben zugutekommen, die unter den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krisenpolitik leiden.

Zum Beispiel könnten die entsprechenden Gelder von den Kleinst- und Kleinbetrieben genutzt werden, um während der Corona-Pandemie angehäuften Miet- und Kreditschulden abzutragen.

Durch dieses Postulat werden die Entwicklungshilfeprojekte und der entsprechende Einsatz von Stadtzürcher Steuergeldern nicht gewertet. Es geht lediglich darum, die lokale Krise in der Stadt Zürich zu mindern.

Begründung:

Stadtpräsidentin Corine Mauch schreibt besorgt: «Trotz grosser Anstrengungen von Bund, Kantonen und Gemeinden und weiterer Akteurinnen und Akteuren ist die Lage bei vielen, insbesondere bei kleinen Unternehmen sehr ernst geworden.» Viele Beobachter gehen davon aus, dass die westlichen Industrienationen durch den wirtschaftlichen Corona-Lockdown vor einer Rezession historischen Ausmasses stehen.

In der Schweiz werden unzählige Betriebe nicht mehr öffnen. Bereits jeder dritte Arbeitnehmer ist in Kurzarbeit oder arbeitslos. Die Stadt Zürich hat frühzeitig Massnahmen getroffen, um den wirtschaftlichen Schaden abzufedern. Wir müssen dafür unsere volle Kraft verwenden. Im Interesse der lokalen Bevölkerung.

Mitteilung an den Stadtrat

2466. 2020/189

Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 13.05.2020: Erstellung eines Massnahmenplans zur Entlastung und Förderung des Gewerbes und der Wirtschaft

Von Roger Bartholdi (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 13. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Massnahmenplan erstellt werden könnte. In diesem soll festgehalten werden, wie das Gewerbe und die Wirtschaft entlastet und gefördert werden kann. Der Massnahmenplan soll mit den Direktbetroffenen gemeinsam entwickelt und dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Begründung:

Die Schweiz wird nach Ansicht von Thomas Jordan, Präsident der Schweizerischen Nationalbank, noch Jahre an den Kosten der Corona-Krise zu kauen haben. Die Krise sei weltweit dramatisch und treffe auch die Schweizer Wirtschaft hart.

Reto Helbling, CFO von Zürich Tourismus (Leiter Finanzen und stellvertretender Direktor) sagt: «Nach zehn Rekordjahren in Folge sehen die Aussichten für die kommenden Quartale und Jahre nicht gut aus. Wir rechnen im zweiten und dritten Quartal mit bis zu 95 Prozent weniger Übernachtungen. Auch das vierte Quartal 2020 wird rund 60 Prozent unter den Vorjahreswerten liegen. Selbst 2021 erwarten wir nur eine geringe Erholung. Von einer Annäherung an die vergangenen Spitzenjahre dürfen wir frühestens 2023 ausgehen.»

Mitteilung an den Stadtrat

2467. 2020/190

Postulat von Stephan Iten (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 13.05.2020: Taskforce für unbürokratische Sofortmassnahmen und Lösungen für das Gewerbe und die Wirtschaft

Von Stephan Iten (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) ist am 13. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie eine Taskforce etabliert werden könnte, bei welcher das Gewerbe und die Wirtschaftsvertreter inklusive die Tourismus-, Hotellerie- und Gastrobranche ihre Anliegen, Sorgen und Nöte einbringen kann, um unbürokratische Sofortmassnahmen und Lösungen zu treffen

Begründung:

«Wenn sich die Schweizer Wirtschaft nicht rasch erhole, sei es möglich, dass auch gesunde Firmen untergingen, die in einer normalen Rezession überlebt hätten, und dass dabei auch Arbeitsplätze verloren gingen. Es gelte nun, Folgeschäden für die Wirtschaft zu verhindern», sagt der SNB-Präsident Thomas Jordan.

Mittel- und langfristige Massnahmen sollen in einem Massnahmenplan zusammengetragen werden, für kurzfristige Lösungen soll jedoch eine Taskforce eingesetzt werden. In dieser sollen Vertreter der Stadt Zürich zusammen mit Vertretern des Gewerbes und der Wirtschaft unkompliziert schnelle Lösungen finden. Die Taskforce kann mit zusätzlichen Untergruppierungen nach Branchen ergänzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die 12 Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

2468. 2020/191

Dringliche Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion und weiteren Mitunterzeichnenden vom 13.05.2020: Wandanschlag zur Petition «JUCH BLEIBT!», Beurteilung der Publikation von privaten Mobiltelefonnummern von Mitgliedern des Stadtrats und konkrete Folgen dieser Bekanntgabe hinsichtlich möglicher strafbarer Handlungen sowie Angaben zu allfälligen Vereinbarungen mit den Besetzenden und zum geplanten Vollzug der Räumung

Von der FDP-Fraktion und weiteren Mitunterzeichnenden ist am 13. Mai 2020 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der auf der Rückseite dieser Dringlichen Schriftlichen Anfrage abgebildete «Wandanschlag» wurde am Sonntag, 10. Mai 2020, auf Stadtgebiet gefunden und wird im Original heute dem Stadtrat übergeben.

Das Dokument enthält unter anderem folgenden Text: «JUCH BLEIBT! Für Kultur- & Wohnraum statt LKW-Wendeplatz! Gegen den Hinterzimmer Deal zwischen der Stadt Zürich und dem Baumulti HRS! Kein Abriss auf Vorrat! ... TELE DEMO RUFT AN! WIR SCHAUEN NICHT WEG! JEDEN TAG BIS ZUM 22.5.20! UND DARÜBER HINAUS.

Daran anschliessend sind verschiedene Telefonnummern der Stadtverwaltung sowie die mutmasslich privaten Mobiltelefonnummern der Stadtratsmitglieder Raphael Golta, Daniel Leupi und Karin Rykart aufgeführt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Waren die im Dokument aufgeführten Mobiltelefonnummern der Stadtratsmitglieder Daniel Leupi, Raphael Golta und Karin Rykart öffentlich bekannt oder muss der Schluss gezogen werden, dass diese Mobiltelefonnummern aus dem nahen Umfeld (beispielsweise ihrer Parteien oder der Stadtverwaltung) an die Urheber gelangt sind?
2. Wie bewertet der Stadtrat das Dokument in strafrechtlicher Hinsicht, unter Berücksichtigung des StGB und des Nebenstrafrechts, also auch mit Blick auf eine mögliche strafbare Verletzung von Persönlichkeitsrechten?
3. Sind über die genannten Mobiltelefonnummern oder auf anderen Kanälen Mitteilungen an die genannten Mitglieder des Stadtrats oder ihr Umfeld eingegangen, welche Straftatbestände erfüllen könnten, beispielsweise Erpressung (Art. 156 StGB) Drohung (Art. 180 StGB), Nötigung (Art. 181 StGB), Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte (Art. 285 StGB) oder Hinderung einer Amtshandlung (Art. 286 StGB)?
4. Wenn ja, wie viele solche Handlungen sind bisher bekannt und worin bestehen diese genau?
5. Kam es bereits im Vorfeld der kurzfristig abgebrochenen Räumung des Juch-Areals zu vergleichbaren Handlungen?
6. Wurden im Zusammenhang mit beliebigen der vorgenannten Sachverhalte Anzeigen eingereicht und/oder polizeiliche oder strafrechtliche Ermittlungen aufgenommen?
7. In der Medienmitteilung des Sozialdepartements vom 24. April 2020 wurde der Aufschub der Räumung damit begründet, dass der fristgerechte Auszug der Bewohnenden unter den aktuellen coronabedingten Einschränkungen und Verhaltensregeln nicht sichergestellt werden könne. Corona ist jedoch im beschriebenen Aufruf kein Thema. Hatte der Stadtrat oder die Verwaltung Ende April direkten Kontakt mit den Besetzenden und wurden mündliche oder schriftliche Vereinbarungen getroffen? Wenn ja, welche?
8. Wie viele Personen halten sich ungefähr auf dem Juch-Areal auf?
9. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass sich der Rechtsstaat nicht weiter erpressen lässt und das Juch-Areal nun tatsächlich bis zum 22. Mai 2020 geräumt und anschliessend umgehend und ungestört der vertraglich vereinbarten Nutzung zugeführt werden kann?

Mitteilung an den Stadtrat

2469. 2020/192

Dringliche Schriftliche Anfrage von Roger Tognella (FDP), Roger Föhn (EVP) und 36 Mitunterzeichnenden vom 13.05.2020:

Kündigung eines Landteils für Parkplätze der Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof, Stellungnahme zur Kündigung dieses Grundstücks und zu der geplanten Ersatzmassnahme der Genossenschaft mit den damit verbundenen Änderungsverträgen für einzelne MieterInnen sowie möglicher Rückzug der Kündigung der bereits bestehenden Parkfläche

Von Roger Tognella (FDP), Roger Föhn (EVP) und 36 Mitunterzeichnenden ist am 13. Mai 2020 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Mit Vertrag vom 1. Juni 1983 hat Liegenschaften Stadt Zürich der Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof ca. 1'400 m² Land in der „Hoffnung“ in Dübendorf, Teil des Grundstücks Kat.-Nr. 17331 (alt 15493 bzw. 8071), zur Erstellung von Parkplätzen für die Genossenschaft vermietet. Die Stadt Zürich hat der Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof offenbar eine Kündigung per Dezember 2020 eben dieser Fläche ausgesprochen.

Gleichzeitig hat die Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof offenbar vor, auf deren Siedlungsgrundstück bei sechs betroffenen Parzellen von intakten Reiheneinfamilienhäusern mit Gartenstadt Charakter Ersatzparkplätze durch Abbau der Grünfläche zu schaffen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Seit wann wusste die Stadt Zürich, dass das Grundstücks Kat.-Nr. 17331 (alt 15493 bzw. 8071), zur Erstellung von Parkplätzen für die Genossenschafter von Grün Stadt Zürich gegenüber der Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof gekündigt wird?
Sind in diesem Zusammenhang Absprachen zwischen der Stadt Zürich und der Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof erfolgt? Wenn Ja, zu welcher Zeit und mit welchen Ansprechstellen?
2. Hat die Stadt Zürich Kenntnis davon, dass die Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof auf deren Siedlungsgrundstück bei sechs betroffenen Parzellen von intakten Reiheneinfamilienhäusern mit Gartensstadt Charakter Ersatzparkplätze plant?
Wie sinnvoll findet der Stadtrat diese Ersatzmassnahme, wenn im Gegenzug ein Kiesparkplatz bereits besteht?
3. Hat der Stadtrat Kenntnis davon, dass einzelne SiedlungsmieterInnen gezielt und schriftlich aktuell mit einer Mietänderung konfrontiert werden, welche beschreibt gegen einen zugesicherten Ersatzparkplatz und einer einhergehenden marginalen Mietzinsreduktion auf Gartenfläche der Mietparzellen zu verzichten?
Wie empfindet der Stadtrat solche etwas anrücklich wirkende Änderungsverträge der Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof, welche die Mieterschaft so durchaus unter enormen Druck zur Unterzeichnung setzen können?
4. Wie ist die von der Stadt in den Verwaltungsrat der Siedlungsgenossenschaft Sunnige Hof delegierte Direktorin des Amtes für Hochbauten, Frau Wiebke Rösler Häfliger, in diese Vorgänge involviert?
5. Kann sich der Stadtrat vorstellen, dass die Kündigung der bestehenden Parkfläche zurückgenommen gemacht wird?
Wenn Nein, warum nicht und wie stellt sich der Stadtrat zum dadurch eskalierenden Thema der Anwohner Parkierung in diesem Gebiet?
6. Wie plant der Stadtrat die Parkierung auf öffentlichem Grund in diesem Quartierteil von Schwamendingen mittelfristig, auch im Zusammenhang mit der Siedlungsentwicklung und anderen Bauvorhaben im Perimeter.

Mitteilung an den Stadtrat

2470. 2020/193

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Olivia Romanelli (AL), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und 30 Mitunterzeichnenden vom 13.05.2020:
Wiedereröffnung der städtischen Märkte, Zuständigkeit für das Erstellen und die Kontrolle der Schutzkonzepte, Praxis betreffend Rückerstattung der Standgebühren für verpasste Markttag sowie weitere Massnahmen zur Unterstützung der Marktfahrenden**

Von Olivia Romanelli (AL), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und 30 Mitunterzeichnenden ist am 13. Mai 2020 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit dem 11. Mai 2020 dürfen die Zürcher Märkte wieder stattfinden. Die Märkte sind Teil des öffentlichen Lebens. Die Gemüse- und Blumenmärkte, sowie der Flohmarkt am Bürkliplatz, sind von der Stadtpolizei organisierte Märkte und finden auf öffentlichem Grund statt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Auch die städtischen Märkte mussten die Schutzkonzepte Covid-19 des BAG selbst erstellen. Weshalb sieht sich die Stadtpolizei, als Organisatorin und Veranstalterin der Gemüse- und Blumenmärkte sowie des Flohmarktes, nicht verantwortlich für die jeweiligen Schutzkonzepte?
2. Mit dem Einbezug des Aussenbereichs der Stadthausanlage könnte mehr Abstand gewonnen und die Marktstände weiter auseinander platziert werden. Weshalb dürfen im Aussenbereich keine Stände platziert werden?
3. Wer ist für Kontrolle der Schutzkonzepte auf öffentlichem Grund verantwortlich?
4. Erhalten die Inhaberinnen und Inhaber der Saison-Standplätze, ihre im Voraus bezahlten Standgebühren für die verpassten Markttag sowie für die noch folgenden verpassten Markttag, falls der Risikogruppe angehörend, zurückerstattet?
5. Die bereits vor einem Jahr stark reduzierten Tagesstandplätze fallen nun bis auf Weiteres ganz weg. Mit welcher Begründung wird auf die Vergabe von Standplätzen für die Tagesverkäuferinnen und Ta-

gesverkäufer verzichtet? Darunter haben besonders die Produzentinnen und Produzenten von saisonalen Produkten zu leiden.

6. Zu welchen Zeitpunkten hat die Verwaltung in Zeiten der Notverordnung den Kontakt zu den Marktvereinigungen (auch zu den privat organisierten Märkten) gesucht?
7. Am 21. März 2020 hat der Bundesrat auf der BAG Homepage erläuternde Berichte zur Verordnung 2 Covid 19 aufgeschaltet. Die einzelnen Marktstände seien den Lebensmittelgeschäften gleichgestellt. Daraufhin suchte man in anderen Städten (z.B. Basel, Genf, Lausanne, La Chaux-de-Fonds) nach Möglichkeiten die Marktstände in der Stadt, räumlich oder zeitlich, zu verteilen. Diese Ansätze waren der Stadtpolizei bekannt. Weshalb wurde hier nicht nach entsprechenden Lösungen gesucht, obwohl bekanntlich die Nachfrage nach frischem Gemüse sehr gross war?
8. Wie plant die Stadt bei einer eventuellen 2. Infektionswelle die Marktfahrenden (im unter den Punkten 5, 6 und 7 erwähnten Sinne) zu unterstützen und damit die Versorgung der Stadt mit frischem Gemüse und Blumen sicherzustellen?

Mitteilung an den Stadtrat

2471. 2020/194

Schriftliche Anfrage von Barbara Wiesmann (SP) vom 13.05.2020: Verkehrslenkung zwischen Aubrugg und der Sihlhochstrasse, Angaben zu den Verkehrszahlen des Transitverkehrs im Vergleich mit der Gesamtfrequenz und Möglichkeiten zur Steuerung des Transitverkehrs auch in Zusammenarbeit mit den AnbieterInnen von Navigationssoftware

Von Barbara Wiesmann (SP) ist am 13. Mai 2020 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Wenn man von Winterthur Richtung Zug (A4) oder Chur (A3) fahren möchte, empfehlen Navigationsgeräte über die Hardbrücke oder über den Bahnhofplatz zu fahren. Am grössten ist die Belastung dieser Strecken durch Ausweichverkehr in den Hauptverkehrszeiten, wenn auch die Autobahnumfahrung um Zürich überlastet ist. Verlässlichste Zahlen zu Transit-Frequenzen und zu Abschnittsfahrzeiten für jede Tageszeit erlauben es, die Modellrechnungen zu kalibrieren, zu verifizieren und neue verkehrspolitische Schlüsse zu ziehen.

Es ist unklar, wie sehr Zürich vom Transitverkehr betroffen ist. Insbesondere in den Hauptverkehrszeiten liegen uns keine aussagekräftigen Zahlen vor. Die bekannten Zahlen sind Schätzungen auf Basis von Befragungen (Mikrozensus), für eine gute Planungsgrundlage ist eine effektive Messung wichtig.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wird die Frequenz des reinen Transitverkehrs vom Eingangspunkt Aubrugg bis zum Ausgangspunkt Sihlhochstrasse auf den Routen via Milchbuckunnel, Rosengartenstrasse bzw. Rämistrasse/Bellevue regelmässig und zu verschiedenen Tageszeiten und Wochentagen gemessen?
Wenn ja, bitte ich um die tabellarische Darstellung der Frequenz vom reinen Transitverkehr und dem Vergleich mit der Gesamtfrequenz, gegliedert nach Tageszeit und Wochentagen je nach Route. Zudem bitte ich um die Angabe für mehrere Jahre, sowie wie und wann die Zahlen eruiert wurden und wie der Transitverkehr definiert ist.
Wenn nein, bitten wir um eine Begründung.
2. Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass Zahlen zum Transitverkehr unerlässlich sind, um den Verkehr zu steuern?
3. Ist der Stadtrat bereit, die Frequenzen und Fahrzeiten des reinen Transitverkehrs auf den zwei Routen von Aubrugg bis Sihlhochstrasse pro Tageszeit und Wochentag mittels Nummernschilderkennung oder einer anderen Technik zu eruieren? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, für wann ist dies vorgesehen?
4. Wurde geprüft, ob mit den AnbieterInnen von Navigationssoftware eine Vereinbarung getroffen werden kann, dass die Fahrzeuge nicht durch die Stadt sondern über die vorgesehenen Umfahrungen geleitet werden? Wenn ja, mit welchem Resultat? Wenn nein, warum nicht? Kann sich der Stadtrat vorstellen dies zu tun?

Mitteilung an den Stadtrat

2472. 2020/195

Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 13.05.2020:

Budget und Personalbestand von Grün Stadt Zürich, Entwicklung in den Jahren 2018 bis 2020 und Gründe für den Ausbau des Personalbestandes sowie Kriterien für die Vergabe oder Nichtvergabe von Projekten und Arbeiten an private Dienstleister

Von Elisabeth Schoch (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) ist am 13. Mai 2020 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In den Jahren 2018, 2019 und 2020 hat sich das Budget sowie der Personalbestand von Grün Stadt Zürich in grösserem Umfang erhöht.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat die folgenden Fragen in einer tabellarischen Übersicht zu beantworten:

1. Wie hat sich in diesem Zeitraum der Personalbestand sowie das Budget bei Grün Stadt Zürich über die Jahre verändert?
2. Welche Projekte und Arbeiten in diesem Zeitraum haben zum Ausbau des Personalbestandes (Angabe der Stellenprozente) und zur Erhöhung des Budgets (Auflistung Personal- und sonstige Projektkosten) geführt?
3. Welche dieser Projekte/Arbeiten in diesem Zeitraum sind infolge von welchen Auftraggebern (Gemeinderat, Kantonale bzw. Bundesebene), politischen Geschäften bzw. auf welchen gesetzlichen Grundlagen entstanden?
4. Welche dieser Projekte/Arbeiten wurden an Private Dienstleister ganz oder teilweise vergeben?
5. Welche Projekte wurden aus welchen Gründen nicht an private Dienstleister ganz oder teilweise vergeben?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

2473. 2020/114

SK TED/DIB, Ersatzwahl eines Mitglieds für den vakanten Sitz der Grüne-Fraktion für den Rest der Amtsdauer 2020–2022

Es wird mit Wirkung ab 11. Mai 2020 gewählt:

Jürg Rauser (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

2474. 2020/15

Schriftliche Anfrage von Dr. Mathias Egloff (SP) und Simone Brander (SP) vom 15.01.2020:

Sihlwasserüberfall bei der Sportanlage Sihlhölzli, Möglichkeiten für ökologische Aufwertungs- und Revitalisierungsmassnahmen sowie Machbarkeit und Konzessionsverfahren für die Realisierung einer Stromturbine

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 356 vom 29. April 2020).

2475. 2020/57

Schriftliche Anfrage von Marcel Bührig (Grüne), Karin Meier-Bohrer (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 05.02.2020:

Ortung von Personen durch die Einsatzleitzentralen bei Notrufen, Einsatz technischer Hilfsmittel für die Ortung von anrufenden Personen und Überschreitung der Hilfsfrist aufgrund unklarer Angaben zum Einsatzort sowie Bestrebungen für eine automatische Ortung auf nationaler oder kantonaler Ebene

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 353 vom 29. April 2020).

2476. 2020/59

Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) vom 05.02.2020:

Verweigerte Badebewilligung in öffentlichen Brunnen im Rahmen der Wellnesswochen im Theater Neumarkt, Hintergründe zum allfälligen Badeverbot in den städtischen Brunnen auch mit Blick auf ähnliche Aktionen in Basel

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 354 vom 29. April 2020).

2477. 2020/87

Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 04.03.2020:

Mögliche Standorte für den Bau eines erhöhten Velowegs sowie Kosten für ein entsprechendes Pilotprojekt bei der Hardbrücke

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 355 vom 29. April 2020).

2478. 2019/406

Weisung vom 25.09.2019:

Liegenschaften Stadt Zürich und Tiefbauamt, Landabgabe im Baurecht für Alterswohnungen am Werdgässchen 23, Quartier Aussersihl, Genehmigung des Baurechtsvertrags

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 26. Februar 2020 ist am 4. Mai 2020 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Mai 2020.

2479. 2019/476

Weisung vom 06.11.2019:

Elektrizitätswerk, Netznutzungstarife NNC, NNE-S und NNE-H, Teilrevision

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 26. Februar 2020 ist am 4. Mai 2020 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 20. Mai 2020.

Nächste Sitzung: 27. Mai 2020, 17 Uhr.